

Aus der Mitte Europas für ein starkes Sachsen
in einer zukunftsfesten Europäischen Union

Europastrategie der Sächsischen Staatsregierung

in der VIII. Legislaturperiode des Sächsischen
Landtages

- Kurzfassung -



Brüssel, 4. November 2025

Einleitung

Die Europäische Union ist für Sachsen **Garant für Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand**. Angesichts globaler Krisen – Krieg in der Ukraine, geopolitische Spannungen, Energiewende und Klimawandel, Migration – betont die Sächsische Staatsregierung die Notwendigkeit einer starken, handlungsfähigen EU. Nur gemeinsames europäisches Handeln kann Sicherheit und Werte wahren. Seit 1990 versteht sich Sachsen als aktiver Mitgestalter der europäischen Integration und Brückenbauer zwischen Ost und West, besonders in der Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien. Enge grenzüberschreitende Partnerschaften, vor allem in den Euroregionen, prägen diese Rolle.

Sachsen und seine Nachbarn stehen vor gemeinsamen **Herausforderungen wie Strukturwandel, Energiewende, demografischem Wandel, Klimafolgen und der digitalen Transformation**. Diese Aufgaben erfordern eine enge, institutionalisierte Zusammenarbeit. Die Entwicklungen auf EU-Ebene müssen wirtschaftliche Stärke, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe verbinden. Die Staatsregierung bekennt sich daher zu einer EU, die globale Wettbewerbsfähigkeit, Binnenmarkt, Industrie- und Kohäsionspolitik sowie stabile Finanzstrukturen stärkt.

Die EU ist zugleich Basis für Sachsens wirtschaftliche Zukunft: Sie ermöglicht **Wachstum, Innovation, Forschung und Beschäftigung**, besonders in ländlichen Regionen des Freistaates.

Mit der Europastrategie will die Staatsregierung den europäischen Zusammenhalt festigen, soziale Teilhabe fördern und nachhaltige Zukunftschancen schaffen. Zentrale Ziele sind **Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsförderung, Energie- und Versorgungssicherheit, Infrastrukturmodernisierung, Klimaschutz, stabile Lieferketten sowie Bürokratieentlastung und Vereinfachung**. Die Staatsregierung bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft, zum Euro und zu einer soliden, generationengerechten Finanzpolitik.

Die Europastrategie ist ein ressortübergreifender Handlungsrahmen für die europapolitische Positionsbildung und Interessenvertretung der Staatsregierung in der VIII. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages und strukturiert sich in fünf Felder:

1. **Europapolitische Schwerpunkte** – Bildung, Wirtschaftskraft, Sicherheit, Energie, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, EU-Haushalt.
2. **Europabildung** – Förderung von Wissen und Identifikation mit Europa.
3. **Europa-Öffentlichkeitsarbeit** – Vermittlung der Vorteile europäischer Zusammenarbeit.
4. **Europafähigkeit der Verwaltung** – Ausbau von Kompetenzen und Präsenz der Bediensteten der sächsischen Landesverwaltung in Institutionen mit EU- oder Europa-Bezug.
5. **Wirkungskanäle der europapolitischen Interessenvertretung** – Stärkung der sächsischen Europa-Präsenz in Brüssel, Berlin und Dresden.

Ziel der Strategie ist eine **kohärente, langfristige Europapolitik aus einem Guss**, die Sachsens Stärken stärkt, seine Interessen wahrt und zur Zukunftsfähigkeit der EU beiträgt.

Handlungsfeld I – Europapolitische Schwerpunkte

Schwerpunkt 1: Sachsen als attraktiver, innovativer und resilienter Bildungs-, Forschungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort in der EU

Sachsen versteht **Bildung, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft** als Fundament für Wohlstand, Innovationskraft und gesellschaftlichen Zusammenhalt im europäischen Kontext. Bildung wird als Schlüssel zur Teilhabe an Demokratie, sozialem Zusammenhalt und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gesehen. Ziel ist es, die europäische Dimension in Schulen, Ausbildung und Hochschulen zu stärken. Durch Programme wie *Erasmus+* sollen mehr Schüler, Auszubildende, Studierende und Lehrkräfte internationale Erfahrungen sammeln und europäische Netzwerke aufbauen. Kooperationen mit Polen, Tschechien und weiteren europäischen Partnern fördern gemeinsame Bildungsinitiativen und Begegnungen.

In der **Hochschulpolitik** bekennt sich Sachsen zur Stärkung europäischer Hochschulallianzen, zum Austausch von Studierenden und Forschenden und zu einer kritischen Begleitung neuer EU-Qualitäts- und Anerkennungsverfahren. Bürokratieabbau und einfachere Förderzugänge bleiben zentrale Anliegen.

Im Bereich **Forschung und Innovation** setzt Sachsen auf seine starke Wissenschaftslandschaft und engagierte Beteiligung an *Horizont Europa*. Forschung gilt als Motor für Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wachstum und Freiheit der Wissenschaft. Gefordert wird eine ausreichende Finanzierung kommender EU-Rahmenprogramme, Förderung der gesamten Innovationskette bis zur Marktreife sowie weniger Verwaltungsaufwand. Sachsen bekennt sich zur wissenschaftlichen Offenheit und unterstützt Forschende aus autoritären Staaten.

Die wirtschaftliche Entwicklung soll durch Innovationsförderung, Stärkung des Mittelstands und technologieoffene **Industriepolitik** gesichert werden. Sachsen setzt auf europäische Rahmenbedingungen, die KMU entlasten und Wachstum fördern. Der Ausbau regionaler Innovationsökosysteme, Technologietransfer und bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Hightech-Start-ups sind zentrale Ziele.

Besonderes Gewicht hat die **Mikroelektronik**: Mit dem „Silicon Saxony“ strebt der Freistaat an, Europas führender Standort für Halbleiterfertigung zu bleiben. Dazu kommen Initiativen für Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Cybersicherheit und resilientere Lieferketten.

Energie- und Klimaschutzpolitik sollen Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit verbinden. Sachsen befürwortet Diversifizierung, den Ausbau erneuerbarer Energien, Wasserstofftechnologien und Speicherkapazitäten. Zudem engagiert sich der Freistaat für eine klimafeste Landwirtschaft, sichere Rohstoffversorgung und eine innovationsfreundliche Chemikalienpolitik.

Finanzpolitisch steht Sachsen für Stabilität, solide Haushaltsführung und generationengerechte Investitionen. Es bekennt sich zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, zur sozialen Marktwirtschaft und zur Sicherung bewährter Institutssysteme im europäischen Bankensektor.

Schwerpunkt 2: Sachsens Beitrag zu Sicherheit, Frieden und Krisenresilienz in Europa

Die Sächsische Staatsregierung bekennt sich zur **Stärkung der europäischen Sicherheitsarchitektur** und unterstützt weitere Schritte auf dem Weg zu einer **Europäischen Verteidigungsunion**. Neben militärischen Fähigkeiten sind Investitionen in Forschung, Industrie und gesellschaftliche Resilienz zentral. Die Staatsregierung steht zur Bundeswehr und unterstützt deren Standorte im Freistaat. Sachsen verfügt über leistungsfähige Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Start-ups in Schlüsseltechnologien wie Mikroelektronik, Robotik, Kommunikation und Cybersicherheit, die wichtige Beiträge zu europäischen Sicherheits- und Verteidigungsprojekten leisten. Ziel ist es, Synergien zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Verteidigungsindustrie zu nutzen und internationale Partnerschaften auszubauen.

Ein Schwerpunkt liegt auf **Cybersicherheit**. Die Sächsische Staatsregierung setzt sich für eine koordinierte europäische Cyberabwehr ein, u. a. durch Stärkung von EUROPOL und ENISA, die Entwicklung klarer EU-Reaktionsmechanismen und den Aufbau eines EU-Cyberkorps. Der Freistaat bewirbt sich als Standort eines europäischen Cyberabwehrzentrums und fördert Cyberkompetenzen sowie internationale Kooperationen. Die im Mai 2025 beschlossene sächsische Cybersicherheitsstrategie stärkt die digitale Resilienz.

Die Sächsische Staatsregierung steht solidarisch an der Seite der **Ukraine** – insbesondere durch Kooperation mit der Region Charkiw in Bildung, Energie, Kultur und Verwaltung. Die Staatsregierung befürwortet zudem den EU-Beitritt der Ukraine sowie weiterer Staaten des westlichen Balkans, Georgiens und Moldaus auf Grundlage der Kopenhagener Kriterien, um Freiheit, Stabilität und Demokratie in Europa zu stärken.

Im Bereich **Asyl und Migration** unterstützt die Staatsregierung die Umsetzung der GEAS-Reform und das geplante gemeinsame Rückkehrsystem, fordert aber praktikable Regelungen ohne Mehrbelastung für Länder und Kommunen. Grenzkontrollen an Sachsens Außengrenzen sollen fortgeführt werden, bis EU-Maßnahmen gleichwertig greifen.

Schwerpunkt 3: Sachsen als europäische Modellregion mit hoher Lebensqualität für eine erfolgreiche Regional- und Strukturentwicklung auf dem Weg zur Klimaneutralität in Europa bis 2050

Sachsen nimmt im europäischen **Strukturwandel** eine Schlüsselrolle ein. Im Zuge des Pariser Klimaschutzabkommens und des EU-Ziels der Klimaneutralität bis 2050 ist der Freistaat als vom Kohleausstieg betroffene Region Vorreiter eines gerechten und nachhaltigen industriellen Wandels. Als Gründungsmitglied der EU-Kohleplattform und aktiver Partner in der Just Transition Platform gestaltet Sachsen den Übergang hin zu einer klimaneutralen, innovativen Wirtschaft mit. Ziel ist es, Modellregion des industriellen Umbruchs zu werden – ökologisch, sozial und technologisch.

Mit dem geplanten **Net Zero Valley Lausitz** wird Sachsen gemeinsam mit Brandenburg eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des europäischen **Net Zero Industry Act** übernehmen. Die Lausitz soll als erstes europäisches Net Zero Valley zu einem Zentrum für Batterie-, Speicher-, Wasserstoff- und Energieeffizienztechnologien werden. Verkürzte Genehmigungsverfahren und strategische Investitionen schaffen ein europaweit übertragbares Modell für beschleunigte Transformation und Standortentwicklung.

Der Wandel wird durch eine aktive europäische **Industrie-, Struktur- und Sozialpolitik** flankiert. Sachsen fordert dafür eine EU-Richtlinie für einen gerechten Übergang mit Fokus auf Weiterbildung, Mitbestimmung und sozialer Absicherung. Der *Just Transition Fund* sowie flexible beihilferechtliche Rahmenbedingungen sind zentrale Instrumente, um Investitionen in Dekarbonisierung und Zukunftstechnologien langfristig zu sichern.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der **grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien**, rechtlich verankert und strategisch auf EU-Ebene gestärkt. Programme wie Interreg sollen dabei stärker vereinfacht und finanziell gesichert werden, um gemeinsame Innovations- und Regionalentwicklungsprojekte zu fördern.

Die **innovationsgestützte Regionalentwicklung** zielt auf smarte, resiliente Regionen durch enge Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen. Mit Initiativen wie *simul+InnovationHub* und Engagement im Ausschuss der Regionen unterstützt Sachsen den europäischen Ansatz einer vernetzten Forschungs- und Innovationspolitik.

Auch die **Stadt- und Baukulturpolitik** Sachsens hat europäische Vorbildwirkung: Die *Leipzig Charta* und das *Neue Europäische Bauhaus* prägen EU-weite Stadtentwicklung. Sachsen stärkt diese Ansätze durch nachhaltige Baukultur, internationale Forschung und lokale Baukulturinitiativen.

Im Bereich **Wasser- und Infrastrukturpolitik** setzt sich Sachsen auf EU-Ebene für resiliente Wasserversorgung, praktikable Regelungen bei Abwasser und langfristige Förderung der wasserwirtschaftlichen Transformation in den Strukturwandelregionen ein.

Mit Blick auf **Mobilität und Verkehr** engagiert sich Sachsen für nachhaltige, sichere und grenzüberschreitende Mobilität im Sinne des europäischen Grünen Deals. Zentrale Projekte sind die Eisenbahnneubaustrecke Dresden–Prag, der Ausbau des ÖPNV und der Radverkehrsinfrastruktur sowie die Entwicklung emissionsfreier Antriebe. Sachsen versteht sich damit als europäische Modellregion, die industriellen Wandel, Klimaschutz, Innovation und soziale Stabilität erfolgreich miteinander verbindet.

Schwerpunkt 4: Sachsens Beitrag für soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und gemeinsame Werte in Europa

Die Staatsregierung bekennt sich zu den Zielen der **Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR)** und unterstützt eine EU, die faire Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung, starke Tarifpartnerschaften und soziale Gerechtigkeit fördert. Ziel ist die Verringerung sozialer Unterschiede und die Bekämpfung von Armut. Die ESSR bildet seit 2017 den zentralen Rahmen für eine soziale EU mit Fokus auf Chancengleichheit, Arbeitsmarktzugang und nachhaltigen Sozialschutz. Sachsen begleitet aktiv die EU-Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und will frühzeitig in die Erarbeitung und Umsetzung des zweiten ESSR-Aktionsplans einbezogen werden, der bis 2029 neue „Arbeitsnormen der Zukunft“ schaffen soll.

Im Bereich **Beteiligung, Demokratie, Gleichstellung und gesellschaftlicher Zusammenhalt** fördert die Staatsregierung kommunale Bürgerbeteiligung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, über digitale Plattformen. Sie setzt sich für Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung ein, stärkt den Landesaktionsplan zur Akzeptanz unterschiedlicher

Lebensentwürfe und unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement, um demokratische Teilhabe und den europäischen Wertezusammenhalt zu fördern. Kultur wird dabei als wichtiger Anker gesellschaftlicher Integration verstanden.

Die **Rechtsstaatlichkeit** ist für Sachsen Kern europäischer Identität. Mit der Leipziger Rechtsstaatskonferenz schafft der Freistaat ein Forum für europäischen Austausch über Rechtsstaat, Grundrechte und Demokratie. Sachsen baut den Opferschutz im Rahmen der Istanbul-Konvention aus, stärkt den Zugang zum Recht durch Beratungsstellen und Prozesskostenhilfe und unterstützt die Digitalisierung der Justiz im Einklang mit der EU-E-Justiz-Strategie.

Kultur gilt als Trägerin europäischer Identität und Verständigung. Sachsen pflegt eine der reichsten Kulturlandschaften Europas und fördert interkulturellen Austausch, Festivals und Partnerschaften. Die **Kulturhauptstadt Chemnitz 2025** steht für gelebte europäische Werte und nachhaltige Netzwerke. Der Schutz der **sorbischen Sprache und Kultur** bleibt zentrales Anliegen und wird im europäischen Minderheitenschutz aktiv fortgeführt.

Schwerpunkt 5: Sachsens Beitrag zur Bürokratieentlastung, Vereinfachung und Digitalisierung der Verwaltung in Europa

Die Sächsische Staatsregierung bekennt sich zu einem **Europa der einfachen, effizienten und bürgernahen Regelungen**, das Vertrauen schafft und Verantwortung dort belässt, wo Lösungen am wirksamsten sind. Ziel ist eine **praxisnahe, ressourcenschonende und nachvollziehbare Rechtssetzung**, die Subsidiarität und regionale Gestaltungskraft wahrt.

Sachsen setzt sich aktiv für **Verfahrensvereinfachungen** ein, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und Bürokratie für Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft abzubauen. Begrüßt werden Initiativen der Europäischen Kommission wie die *Omnibus-Initiative* oder Änderungen der *Lieferkettenrichtlinie* und *Nachhaltigkeitsberichterstattung*. Der Freistaat fordert weitergehende Entlastungen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und strebt die Reduzierung von Berichtspflichten und Verwaltungskosten an.

Mit dem Prinzip des „**Anti-Gold-Plating**“ verpflichtet sich Sachsen, EU-Vorgaben ohne zusätzliche nationale Auflagen umzusetzen und Doppelregulierungen zu vermeiden. EU-Rechtsakte sollen praxistauglich sein; dazu fordert Sachsen eine stärkere Beteiligung von Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an der Gesetzgebung sowie eine Ausweitung des Mandats des Ausschusses für Regulierungskontrolle auf Frühphasenbewertungen.

Die **Stärkung des Subsidiaritätsprinzips** bleibt Leitlinie: Entscheidungen sollen auf der niedrigsten wirksamen Ebene getroffen werden; EU-Regulierung ist auf Fälle mit eindeutigem europäischen Mehrwert zu beschränken.

Im Bereich **Umwelt- und Naturschutz** unterstützt Sachsen die Ziele der EU-Wiederherstellungsverordnung, fordert aber eine pragmatische, bürokratiearme Umsetzung. Artenschutz und Ökosystemschutz sollen mit den Menschen erfolgen. Der Freistaat plädiert für ein regionales Bestandsmanagement geschützter Arten wie Wolf und Biber und für klare staatliche Zuständigkeiten.

Die **Digitalisierung der Verwaltung** gilt als europäisches Zukunftsprojekt. Sachsen will EU-Rechtsrahmen früh mitgestalten, Förderprogramme gezielt nutzen und die digitale Kompetenz seiner Verwaltung stärken. Durch Vernetzung und Innovation kann der Freistaat als Brücke zwischen Ost- und Westeuropa zur Entwicklung gemeinsamer digitaler Verwaltungsstandards beitragen.

Schwerpunkt 6: Sachsens positive Entwicklung mit weiterer Unterstützung der EU fortsetzen und seine Belange im nächsten EU-Haushalt ab 2028 adäquat abbilden

Sachsen nutzt EU-Mittel aus EFRE, ESF+, JTF, ELER, EGFL und EMFAF zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Lebensqualität. Priorität hat die **erfolgreiche Umsetzung der Förderperiode 2021–2027** und eine **bestmögliche Mittelabnahme** trotz angespannter Haushaltslage.

Die Kommissionsvorschläge vom 16. Juli 2025 zur Reform des MFR 2028–2034 sehen den Übergang zu einem politikbasierten, stärker zentralisierten Haushalt vor. Die Sächsische Staatsregierung bekennt sich zur Modernisierung, fordert aber, dass **Reformen föderal umsetzbar bleiben, regionale Besonderheiten berücksichtigen und das Prinzip der geteilten Mittelverwaltung sichern**. Die Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass die EU-Förderung weiterhin direkt mit den Regionen erfolgt und größtmögliche finanzielle Eigenverantwortung, Vereinfachung und Bürokratieabbau gewährleistet werden.

Die Staatsregierung fordert eine bestmögliche Ausstattung der Fonds, höhere EU-Kofinanzierungssätze und weniger Berichtspflichten. Neue sicherheits- und verteidigungspolitische Aufgaben dürfen nicht zulasten der Kohäsions- und Agrarpolitik gehen. Die Staatsregierung bekräftigt die Bedeutung einer starken **Kohäsionspolitik** zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zur Bewältigung des Strukturwandels. EFRE, ESF+ und JTF sollen eigenständige Förderinstrumente bleiben. EFRE und ESF+ stärken Forschung, Beschäftigung und soziale Integration; die JTF-Ziele sollen fortgeführt werden.

Sachsen unterstützt eine starke **Europäische Territoriale Zusammenarbeit (Interreg)** zur Förderung grenzüberschreitender Projekte und regionaler Vernetzung sowie den Erhalt des **LEADER-Programms** zur Entwicklung ländlicher Räume. Auch GAP und GFP sollen mit ausreichenden Budgets und hohen Kofinanzierungssätzen fortgeführt werden, um Landwirtschaft, ländliche Räume und Teichwirtschaft zu sichern.

Darüber hinaus fordert Sachsen die Fortsetzung von „Kreatives Europa“, gezielte EU-Förderung für Tourismus, Forschung und Innovation sowie ein faires **Eigenmittelsystem**, das nationale Steuerhoheiten wahrt und Unternehmen nicht zusätzlich belastet.

Handlungsfeld II - Europabildung

Europa erlernen, erleben, mitgestalten – Europabildung in Sachsen als Beitrag zur Demokratieförderung und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Europa ist für Sachsen gelebter Alltag, Wertegemeinschaft und Zukunftsperspektive. Ziel der Sächsischen Staatsregierung ist es, durch eine **umfassende Europabildung** demokratisches Bewusstsein, gesellschaftliche Teilhabe und europäische Identität nachhaltig zu stärken. Dazu werden Bildungsangebote in Schule, Hochschule, beruflicher Bildung sowie in non-formalen und informellen Lernkontexten systematisch ausgebaut und verstetigt. Grundlage bildet das **Gesamtkonzept Europabildung**, das auf lebenslanges Lernen, Teilhabe und praxisorientierte Formate wie Wettbewerbe, Planspiele, Lernreisen und Bürgerdialoge setzt.

Ein Schwerpunkt liegt auf der **schulischen Europabildung**. Sie ist übergreifendes Unterrichtsprinzip an allen Schularten und in den Lehrplänen verankert. Politische Bildung und Europabildung greifen ineinander, etwa beim **EU-Projekttag**, der den direkten Austausch von Schülerinnen und Schülern mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung ermöglicht. Erasmus+, eTwinning und Schulpartnerschaften fördern das unmittelbare Erleben Europas. Die Staatsregierung stärkt Fortbildungen für Lehrkräfte, u. a. mit Partnern wie der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), und entwickelt neue Formate wie den „**eWandertag durch Brüssel**“. Netzwerke wie das **Erasmus+-Konsortium** und eigene Schulbudgets unterstützen schulische Europaпроекте.

Außerhalb der Schule setzt das Gesamtkonzept auf **non-formale Bildungsformate** in den vier Handlungsfeldern Sprache, Begegnung und Mobilität, Kompetenz und Vernetzung. Ziel ist es, Europa im Alltag erfahrbar zu machen – etwa durch Sprachangebote, Austauschprogramme oder Volkshochschulkurse. Eine neue **Förderrichtlinie Internationales & Europa (ab 2026)** soll das bürgerschaftliche Engagement stärken.

Die **Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB)** spielt eine zentrale Rolle in der europapolitischen Bildung. Sie vermittelt Wissen über die EU, ihre Institutionen und Sachsens Nachbarn Polen und Tschechien, fördert europäische Debatten und unterstützt Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Gemeinsam mit der Staatskanzlei werden europapolitische Bildungsmaßnahmen koordiniert, Träger vernetzt und methodische Standards gesetzt.

Zur Förderung des Austauschs finden jährlich **Europa-Netzwerktreffen der Europa-Akteure in Sachsen** und eine **trinationale Tagung mit Polen und Tschechien** statt. Sie dienen der Projektentwicklung, Kooperation und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Grenzraum. Geprüft wird zudem die Weiterentwicklung des **Projektbüros der SLpB in Chemnitz** zu einem dauerhaften europapolitischen Lern- und Begegnungszentrum.

Die Zusammenarbeit mit den **Europe Directs in Sachsen** wird verstetigt. Sie informieren Bürgerinnen und Bürger, fördern den Dialog über die EU und organisieren vielfältige Formate. Ergänzend werden **Ideen-, Schreib- und Malwettbewerbe** sowie die erfolgreiche **Simulation Europäisches Parlament (SimEP)** fortgeführt und auf Studierende und Berufstätige ausgeweitet.

Handlungsfeld III - Europa-Öffentlichkeitsarbeit

Europa in Sachsen begegnen, verstehen und mitgestalten

Das Handlungsfeld III fokussiert auf die **Sichtbarkeit Europas im Alltag der sächsischen Bevölkerung** und die Förderung des Dialogs über europäische Werte, Chancen und Initiativen. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubeziehen, das Bewusstsein für die EU zu stärken und das Profil Sachsens als vernetzte, innovative Region zu schärfen. Dazu gehört auch die strategische Unterstützung sächsischer Bewerbungen für internationale Auszeichnungen wie UNESCO-Welterbestätten, „European Green Capital“ oder „European Youth Capital“.

Ein Schwerpunkt liegt auf der **Kommunikation der Europäischen Strukturfonds und LEADER-Zusammenarbeit**. Öffentlichkeitsarbeit dient der Transparenz, Akzeptanzförderung und Sichtbarkeit von EU-Investitionen. Die Staatsregierung nutzt Leitfäden, die Website „europa-fördert-sachsen.de“, Pressearbeit, Social Media und Veranstaltungen, um EU-Projekte sichtbar zu machen. Besonders die Beteiligung der Begünstigten wird hervorgehoben, um den europäischen Mehrwert vor Ort erlebbar zu machen und die Legitimität der Fördermittel zu stärken.

Die **Zusammenarbeit mit EU-Vertretungen in Deutschland**, mit europäischen Institutionen wie dem Europarat oder dem ECPMF sowie mit gesellschaftlichen Akteuren wie der Europäischen Bewegung Sachsen, der Europa-Union Sachsen und der JEF Sachsen ist zentral. Sie fördert den fachlichen Austausch, die Bildung europabezogener Netzwerke und die Einbindung europäischer Themen in die öffentliche Debatte. Formate wie **Begegnungs- und Dialogveranstaltungen, Europafeste, Planspiele und Workshops** werden besonders in ländlichen Regionen verstetigt.

Regelmäßige Highlights sind die **Fête de l'Europe** in Dresden, Chemnitz und Leipzig, der **Europäische Jugendaustausch** in Ventotene-Forum und Weimarer Dreieck sowie die Präsenz auf dem **Tag der Sachsen** und im **Offenen Regierungsviertel**. Sie dienen der direkten Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen und der Förderung europäischer Teilhabe.

Innovative Formate wie der **Europabus** und **PopUp Europa** bringen EU-Themen in kleinere Kommunen, Mittelzentren und ländliche Regionen, ermöglichen Interaktion und machen Förderprojekte anschaulich. Private Stifter und lokale Partner sollen die Nachhaltigkeit der Angebote sichern.

Die **Europäischen Tage des Kunsthandwerks (ETAK)** verbinden Wirtschaft, Kultur und Bildung, zeigen europäische Dimensionen handwerklicher Traditionen und fördern Austausch, Bewusstsein für gemeinsame Wurzeln und Europa-Identifikation. Die Staatsregierung unterstützt die ETAK kontinuierlich.

Insgesamt setzt die Europa-Öffentlichkeitsarbeit auf **vielfältige, niederschwellige, interaktive und sichtbare Formate**, um die europäische Idee in Sachsen erlebbar zu machen, den Dialog zu fördern und die Bürgerinnen und Bürger für die Chancen und Werte Europas zu sensibilisieren.

Handlungsfeld IV - Europafähigkeit der Verwaltung

Eine leistungsfähige, europakompetente Verwaltung ist entscheidend, damit der Freistaat Sachsen seine Interessen in der EU erfolgreich vertreten und europäische Vorgaben effizient umsetzen kann. Ziel ist der systematische Ausbau von Fach- und Handlungskompetenzen der Bediensteten durch **Qualifizierung, Personalentwicklung und organisatorische Strukturen**.

Das **Europa-Qualifizierungsprogramm** bündelt bestehende Seminarangebote an der Hochschule Meißen (FH) und dem Fortbildungszentrum in fünf Säulen: Das Herzstück ist das Europa-Exzellenz-Programm, das das **EU-Curriculum** sowie einen **Schnellfortbildungslehrgang** für Bedienstete der Laufbahngruppe 2 umfasst. Abschluss ist eine Exkursion nach Brüssel inklusive Planspiel; erfolgreiche Teilnehmende erhalten ein Europa-Zertifikat und können freiwillig in den **Personalpool Europa** aufgenommen werden. Weitere Säulen sind Online-Formate, Exkursionen zu EU- und Bundesvertretungen sowie offene Seminare am FoBiZ. Ziel ist praxisrelevante Kompetenzvermittlung, Sprachförderung und die Anpassung an aktuelle EU-Entwicklungen.

Ein **Europa-Trainee-Programm** für Nachwuchskräfte (LG 2.1) soll künftig erste internationale Erfahrungen in Brüssel, Breslau oder Prag ermöglichen. Der Personalpool Europa erfasst europaqualifizierte Bedienstete, vernetzt sie und informiert regelmäßig über praktische Einsätze in EU-Institutionen oder internationalen Einrichtungen.

Ein **zentraler Ansprechpartner** in der Europa-Abteilung der Staatskanzlei koordiniert den Personalpool, vernetzt europaqualifizierte Beschäftigte mit Ressorts und steuert gezielt Fortbildungs- und Einsatzmöglichkeiten.

Die **Vertretung des Freistaates Sachsen bei der EU in Brüssel** bleibt zentrale Plattform für Hospitationen, Erfahrungsaustausch und die praxisnahe Umsetzung europäischer Themen.

Zudem wird **Europakompetenz als Karrierebaustein** verankert: Auslandseinsätze, Sprachkenntnisse und EU-Zertifikate werden stärker in Personalentwicklungskonzepten berücksichtigt.

Insgesamt sollen diese Maßnahmen die Bediensteten befähigen, europaspezifische Aufgaben wirksam zu erfüllen, die Interessen Sachsens in der EU kompetent zu vertreten und die **Europafähigkeit der Landesverwaltung nachhaltig zu stärken**.

Handlungsfeld V - Wirkungskanäle der europapolitischen Interessenvertretung

Für ein starkes Sachsen in einer zukunftsfesten Europäischen Union

Die Sächsische Staatsregierung nutzt vielfältige politische Wirkungskanäle, um die Interessen Sachsens auf EU-Ebene zu vertreten, europapolitische Koordination zwischen Bund und Ländern mitzugestalten und die Mitwirkung in Allianzen, Netzwerken und Plattformen zu stärken.

Die **Vertretung des Freistaates Sachsen bei der EU in Brüssel** ist zentrales Instrument sächsischer Europapolitik. Sie fungiert als Schaufenster des Freistaates, Frühwarnsystem, Impulsgeber und strategisches Bindeglied zwischen Landespolitik und EU-Institutionen. Ihre Weiterentwicklung umfasst die Professionalisierung der Personalstruktur, Hospitationsprogramme, Bildungsreisen, die Nutzung digitaler Systeme für Informations- und Dokumentationsprozesse sowie eine systematische Einbindung in die Arbeitsprozesse der Staatskanzlei (SK) und Fachressorts. Ein ressortübergreifendes EU-Arbeitsprogramm dient der kohärenten Interessenartikulation und der Rückbindung europapolitischer Erkenntnisse nach Dresden, Berlin, Breslau und Prag.

Sachsen wirkt auf **Bundesebene** aktiv mit: Im Bundesrat (EU-Ausschuss) werden europäische Rechtsakte bewertet und Empfehlungen erarbeitet. In der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) und Europaministerkonferenz (EMK) koordiniert Sachsen länderübergreifend europapolitische Positionen und bringt eigene Vorschläge ein, u. a. zu EU-Erweiterung, Forschung, grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Mehrjahresfinanzrahmen (MFR). Auch Fachministerkonferenzen dienen der ressortübergreifenden Platzierung europabezogener Anliegen.

Auf **EU-Ebene** ist Sachsen im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) vertreten, gestaltet Fachkommissionen mit, übernimmt Präsidiumsaufgaben und pflegt grenzüberschreitende Beziehungen, u. a. zu Regionen in Österreich, Spanien, den Niederlanden, Italien, Finnland und Tschechien. Die Zusammenarbeit mit sächsischen EP-Abgeordneten wird intensiviert, um frühzeitig Einfluss auf EU-Initiativen zu nehmen.

Sachsen engagiert sich aktiv in **europäischen Netzwerken**: Gründungsmitglied der Allianz der europäischen Automobilregionen (ARA) und der European Semiconductor Regions Alliance (ESRA), Mitglied der Intergroup Wein sowie der Solar Industry Regions Europe (SIRE). Zudem beteiligt sich Sachsen an der EU-Kohleplattform und der Plattform für einen gerechten Übergang (JTP), um Strukturwandel und Klimaneutralität in der Region voranzubringen.

Insgesamt positioniert sich Sachsen als aktiver Mitgestalter europäischer Politik, der seine Interessen auf regionaler, nationaler und EU-Ebene strategisch, vernetzt und wirkungsvoll vertritt.